

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 41/2023

12. Oktober 2023

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Erste Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler durch kommunale Gebietskörperschaften im Freistaat Sachsen vom 22. September 2023 .....1366

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb hier: Expertise Meilensteine der kindlichen Entwicklung vor dem Schuleintritt vom 28. September 2023 ...1368

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben „Poliklinik Plus“ vom 20. September 2023 .....1371

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der 3. Änderungssatzung der Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes „Bastei“ vom 26. September 2023 .....1373

3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Trinkwasserzweckverbandes Bastei .....1373

Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Satzung zur 5. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen vom 14. September 2023 .....1374

5. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen .....1374

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) Begründung bei Abweichen der Entscheidung des Medienrates der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien von der Stellungnahme der Versammlung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien gemäß § 30 Absatz 15 Satz 3 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes vom 18. September 2023 .....1376

# **Sächsisches Staatsministerium für Kultus**

## **Erste Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler durch kommunale Gebietskörperschaften im Freistaat Sachsen**

**Vom 22. September 2023**

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung der Beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler durch kommunale Gebietskörperschaften im Freistaat Sachsen vom 11. Januar 2023 (SächsABl. S. 129) wird wie folgt geändert:

### **I.**

1. In Nummer 1.2 wird die Angabe „§§ 23 und 44“ durch die Angabe „§§ 23, 44 und 44a“ ersetzt.
2. In Nummer 2.1 Satz 1 werden die Wörter „Berufliche Orientierung“ durch die Angabe „BO“ ersetzt.
3. In Nummer 3 Satz 2 werden die Wörter „VVK zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung“ durch die Wörter „der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK)“ ersetzt.
4. In Nummer 5 wird die Überschrift „Art, Umfang und Höhe der Zuwendung“ durch die Wörter „Art und Umfang, Höhe der Zuwendung“ ersetzt.
5. Nummer 5.4.1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Euro“ die Wörter „pro Haushaltsjahr“ angefügt.
  - b) In Satz 9 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „35“ ersetzt.
6. Nummer 5.4.2 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 2 „Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, einen eigenen Anteil von mindestens 50 Prozent einzubringen, der aus Eigenmitteln und/oder Mitteln der Bundesagentur für Arbeit besteht.“ wird gestrichen und in Nummer 4.2 als Satz 2 eingefügt.
  - b) In Satz 5 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „35“ ersetzt.
7. In Nummer 5.4.3 Satz 3 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „35“ ersetzt.
8. Nummer 5.4.4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Euro“ die Wörter „pro Haushaltsjahr“ angefügt.
  - b) In Satz 8 wird die Angabe „30“ durch die Angabe „35“ ersetzt.
9. Nummer 7.1.4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 werden die Wörter „Fördergegenstand, Antragstellerin und Antragsteller“ durch die Wörter „Fördergegenstand und Antragsteller“ ersetzt.
  - b) In Satz 2 werden die Wörter „Fördergegenstand, Haushaltsjahr, Antragstellerin und Antragsteller“ durch die Wörter „Fördergegenstand, Haushaltsjahr und Antragsteller“ ersetzt.
10. Nummer 7.1.5 wird gestrichen.
11. Nummer 7.2.1 wird wie folgt gefasst:

„7.2.1 Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt

  - für Fördergegenstand 1 im Rahmen des Regelauszahlungsverfahrens gemäß Nummer 7.1 VVK,
  - für die Fördergegenstände 2 und 3 im Rahmen des Erstattungsverfahrens gemäß Nummer 7.4 VVK,
  - für Fördergegenstand 4 ohne Anforderung jeweils im Februar und August eines jeden Jahres durch Teilzahlungen in Höhe der Hälfte des für das jeweilige Jahr bewilligten Betrages.“
12. In Nummer 7.2.2 Satz 1 wird die Angabe „ANBest-K“ durch die Wörter „der Anlage 3a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften – ANBest-K)“ ersetzt.
13. Nach Nummer 7.3.2 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

**„8. Vorzulegende Nachweise und Unterlagen**  
Mit dem Antrag auf Förderung für die Fördergegenstände 1 und 4 sind Nachweise über eine abgeschlossene Berufsausbildung mit mindestens fünfjähriger einschlägiger Berufserfahrung (vorzugsweise mit Ausbilderschein) oder einem Fach- oder Hochschulabschluss vorzulegen. Für Fördergegenstand 4 sind die Kooperationsvereinbarungen mit den beteiligten Schulen vorzulegen.“
14. Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 9 und wie folgt gefasst:

**„9. Übergangsregelungen**  
9.1 Die Zuwendung für den Fördergegenstand 4 für im Jahr 2023 beginnende Maßnahmen kann abweichend von Nummer 7.1.3 für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis zum 31. Dezember 2024 bewilligt werden.

9.2 Die Auszahlung der Zuwendung im Jahr 2023 für die Fördergegenstände 3 und 4 erfolgt für im Jahr 2023 beginnende Maßnahmen ohne Anforderung abweichend von Nummer 7.2.1 Satz 1 wie folgt:  
Für Fördergegenstand 3 im September 2023 in Höhe von 50 Prozent der bewilligten Zuwendung, für Fördergegenstand 4 im September 2023 in Höhe der bewilligten Zuwendung für das Jahr 2023.“

15. Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 22. September 2023

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus  
über einen Teilnahmewettbewerb  
hier: Expertise  
Meilensteine der kindlichen Entwicklung vor dem Schuleintritt  
Vom 28. September 2023**

**I.  
Hintergrund**

Die Bildungszeit der frühen Kindheit ist von einem besonders raschen und folgenreichen Fortschreiten der ablaufenden Prozesse gekennzeichnet (Deutscher Bundestag Drs. 15/6014, S. 103). In ihren ersten Lebensjahren erwerben Kinder die unabdingbaren Voraussetzungen und Fähigkeiten für den Aufbau sozialer Beziehungen sowie für die kognitive, sprachliche und emotionale Entwicklung (Stamm, 2011, S. 13). Kinder werden sowohl in ihrem familiären Umfeld als auch in institutionellen Angeboten, wie Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, ganzheitlich gebildet und gefördert. Hierbei stehen die Entwicklungsbereiche Emotion, Sozialkompetenz, Motorik, Kognition, Ästhetik, Sprache und Naturwissenschaften gleichberechtigt zueinander, mehr noch, durch den Alltagsbezug im kindlichen Lernen sind sie eng miteinander verflochten.

Die Förderung der frühkindlichen Bildungsprozesse stellt die unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau von Wissen und Kompetenzen über den gesamten Lebenslauf hinweg dar (ebd.). Im Freistaat Sachsen besuchen circa 94,5% der Kinder im Jahr vor der Einschulung eine Kindertageseinrichtung. Gemäß § 2 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertagesbetreuung soll sich die „Arbeit in den Einrichtungen (...) am aktuellen Erkenntnisstand der Pädagogik, der Entwicklungspsychologie und Entwicklungsphysiologie sowie der Familien- und Bildungsforschung orientieren“. Und weiter in § 2 Absatz 3 wird formuliert: „Die regelmäßige Gestaltung von Bildungsangeboten in der Kindertagesbetreuung hat auch dem Übergang in die Schule Rechnung zu tragen. Dazu wird zur langfristigen Schulvorbereitung vorrangig der Förderung und Ausprägung sprachlicher Kompetenzen, der Grob- und Feinmotorik, der Wahrnehmungsförderung und der Sinnesschulung Aufmerksamkeit geschenkt.“ Obwohl die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung dem Rechtskreis der Sozialgesetzbücher und demgegenüber die Primarstufe der Schule landeseigenen Gesetzen unterliegen, ist im Sinne des Ineinandergreifens der Bildungskette die stringente und zielführende Zusammenarbeit beider Bildungsinstitutionen im stetigen Zusammenwirken mit den Familien unerlässlich. Letztlich eint alle, Familie, Kita und Schule gleichermaßen, dasselbe Ziel: Befähigungsgerechtigkeit.

**II.  
Gegenstand und Ziele der Bekanntmachung**

Um frühkindliche Bildungsprozesse in der Kindertageseinrichtung, wie auch in den Familien, hinreichend mit Wirksamkeit auszustatten, so dass der Eintritt in den Pflichtbildungsbereich gut gelingt, ist es erforderlich, die basalen Kompetenzen – orientiert an einer altersgerechten/angemessenen kindlichen Entwicklung – sowohl aus schulärztlicher als auch aus entwicklungspsychologischer und sozialpädagogischer Sicht zu beschreiben. Hierbei sollen aus allen drei Bereichen die bestehenden Beschreibungen

von beispielsweise Basiskompetenzen, Vorläuferfähigkeiten, Entwicklungsfenstern, Grenzsteinen der Entwicklung et cetera betrachtet und in einen Zusammenhang gebracht werden.

Es gilt daher, wissenschaftlich basiert die oben genannten Erkenntnisse aus Pädagogik, Psychologie und Medizin zu einer Expertise zusammenzuführen, welche die nötigen Kompetenzen zur Bewältigung der anstehenden schulischen Aufgaben beschreibt. Die Betrachtung erfolgt unabhängig davon, ob ein Angebot der Kindertagesbetreuung besucht wird, oder nicht.

Ziel der Bekanntmachung ist es, Interessenten für das systematische Literaturreview und eine sich anschließende analytische Aufbereitung der Erkenntnisse zu gewinnen. Der Sieger des Teilnahmewettbewerbs soll anschließend die Expertise im Rahmen einer Förderung auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege erstellen. Ziel ist, diese Expertise im Rahmen der Evaluation und Aktualisierung des Sächsischen Bildungsplanes als eine Grundlage zu verwenden.

Dabei ist eine interdisziplinäre Herangehensweise und gegebenenfalls Zusammenarbeit zur Erstellung der Expertise in bestehenden Strukturen der Pädagogik, Psychologie und Medizin sowie zu identifizierender weiterer Strukturen zwingend vorzusehen.

Die Laufzeit für das Vorhaben ist frühestens vom 1. November 2023 bis längstens 31. März 2024 geplant. Eine Fortführung bedarf einer hinreichenden Darlegung der Notwendigkeit und steht unter Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel.

**III.  
Aufgaben der Interessenten**

Aufgaben zur Erstellung der Expertise sind insbesondere:

1. systematisches Literaturreview im Sinne einer Meta-Analyse;
2. Aufarbeitung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes zu Basiskompetenzen von Kindern vor dem Schuleintritt unter besonderer Beachtung der folgenden Entwicklungsbereiche
  - Emotion,
  - Sozialkompetenz,
  - Motorik,
  - Kognition,
  - Ästhetik,
  - Sprache und
  - Naturwissenschaften
  - sowie weiterer relevanter Bereiche;

3. Extraktion von Wissen und Ableiten von Handlungsempfehlungen aus ressort- und fachgebietsübergreifenden Zusammenhängen für langfristige Zielstellungen der Staatsregierung;
4. anwendungsbezogene Darstellung, Informationsvisualisierung und Präsentation der Ergebnisse.

Die oben genannten Arbeitspakete 1 und 2 sind bis zum 31. Januar 2024 und die Arbeitspakete 3 und 4 sind bis zum 31. März 2024 zu erbringen.

#### IV. Anforderungen an den Vorhabenträger und weitere Voraussetzungen

Teilnehmen können die nachfolgend genannten Organisationsformen, die in geeigneter Weise aufzeigen, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen in der Lage sind, ein Vorhaben der genannten Art umzusetzen:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- juristische Personen des Privatrechts,
- rechtsfähige Personengesellschaften.

Hochschulen werden dem Rechtskreis der Staatsverwaltung zugeordnet und können dementsprechend keine Zuwendungsempfänger sein.

Die von dem Vorhabenträger anzustellenden beziehungsweise mitwirkenden und/oder einzubindenden Personen sollen idealerweise über Berufsqualifikationen und/oder Kompetenzen im sozial- oder kindheitspädagogischen, schulärztlichen oder entwicklungspsychologischen Bereich verfügen. Hervorragende Kenntnisse von Methoden der guten wissenschaftlichen Praxis und in der Anwendung von Literaturanalyseverfahren werden vorausgesetzt.

Von dem Vorhabenträger werden insbesondere erwartet:

- Erfahrungen im Bereich der Bildung und Erziehung im Vorschul- und Grundschulalter, im Besonderen im Bereich des Eintritts in den Primarbereich,
- Erfahrungen mit der Erstellung von Expertisen sowie der Entwicklung von übergeordneten Gesamtstrategien mit langfristiger Wirkung,
- Beherrschen von Methoden zur Ergebnispräsentation und Visualisierung.

Für das Vorhaben stehen in der genannten Laufzeit insgesamt maximal 30 000 Euro zur Verfügung. Davon sind sämtliche Ausgaben im Rahmen des Vorhabens abzudecken. Das Vorhaben wird mit bis zu 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben bezuschusst.

#### V. Gliederung und Inhalte des Vorhabenvorschlages

Die Vorhabenbeschreibung zur Erstellung der geforderten Expertise soll 5 Seiten DIN A4, gegebenenfalls zuzüglich Anlagen, umfassen.

Der Vorhabenvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Vorhabensbeschreibung muss in Ergänzung mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- a) Angaben zum Träger
  - Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen, einschließlich Publikationsliste, sofern vorhanden,

- sofern möglich: Beschreibung des Umfangs, der Qualifikationen und der Eignung des Personals, das in diesem Vorhaben tätig werden soll
- b) Angaben zum Vorhaben
  - Darstellung der Arbeitsschritte zur Zielerreichung mit Bezug zu den unter III. genannten Aufgaben (Meilensteinplan)
  - Darlegung der interdisziplinären Vorgehensweise und des Einbindens fachfremder Professionen
  - Aufzeigen der zu betrachtenden Entwicklungsbereiche, deren in Beziehung setzen und der Vorgehensweise zur Analyse dieser
- c) Angaben zu den Ausgaben des Vorhabens
  - Darstellung der Gesamtausgaben (Kostenschätzung) bezogen auf die gesamte Laufzeit des Vorhabens und die Verteilung auf die einzelnen Jahrescheiben
    - o Projektbezogene Personalausgaben und Sachausgaben
    - o Verwaltungspauschale bis zu 15 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben
    - o Reisekosten
  - Zu beachten ist: Absetzung für Abnutzung (AfA)/ kalkulatorische Kosten sind nicht zuwendungsfähig.

Interessenten reichen ihren Vorhabenvorschlag vollständig

**bis 25. Oktober 2023, 12:00 Uhr (Posteingang)  
unter [poststelle@smk.sachsen.de](mailto:poststelle@smk.sachsen.de) mit dem Betreff  
„Expertise Meilensteine der kindlichen Entwicklung  
vor Schuleintritt“  
im Sächsischen Staatsministerium für Kultus  
Carolaplatz 1  
01097 Dresden**

ein.

Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, verspätet eingegangene Vorhabenvorschläge können nicht berücksichtigt werden.

#### VI. Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

##### Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Vorhabenvorschläge bis zum 25. Oktober 2023, 12:00 Uhr im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Carolaplatz 1, 01097 Dresden.

##### Phase 2:

Die Bewertung der Vorhabeneingänge anhand der unter Ziffer VII. genannten Auswahl- und Bewertungskriterien und Auswahl des favorisierten Vorschlags erfolgt in Abstimmung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus, dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie dem Kommunalen Sozialverband Sachsen.

##### Phase 3:

Voraussichtlich am 30. Oktober 2023 erfolgt die Mitteilung der Auswahlentscheidung durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus an alle Bewerber. Der Bewerber des ausgewählten Vorhabenvorschlags erhält die Aufforderung zur Einreichung eines (formgebundenen) Antrages zur

Förderung auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung.

**Phase 4:**

Einreichung des Vorhabenantrags zur Förderung entsprechend der Regelungen in der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung spätestens bis zum 10. November 2023 beim Kommunalen Sozialverband Sachsen. Prüfung des Antrages und Entscheidung über die Bewilligung durch den Kommunalen Sozialverband Sachsen.

**Phase 5:**

Der Vorhabenbeginn ist ab dem 1. November 2023, jedoch nicht vor Antragstellung beim Kommunalen Sozialverband Sachsen, möglich.

**VII.**

**Auswahl und Bewertungskriterien**

Die Auswahl wird durch eine Jury vorgenommen, die insbesondere folgende Schwerpunkte beurteilt:

1. Zielbeschreibung des Vorhabens (15 Prozent)
2. Arbeitsschritte zur Zielerreichung (30 Prozent)
3. Ergebnisse und Dokumentation (20 Prozent)
4. Eignung des Antragstellers (fachliche Kompetenzen und Erfahrungen) (20 Prozent)
5. Gesamtausgaben, Fördersumme, Wirtschaftlichkeit (15 Prozent)

Dresden, den 28. September 2023

Sächsisches Staatsministerium für Kultus  
Dr. Wolfram  
Referatsleiterin

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben „Poliklinik Plus“**

**Vom 20. September 2023**

### **I. Rechtsgrundlagen**

Die Förderung des Modellvorhabens „Poliklinik Plus“ erfolgt auf der Grundlage von Teil 1 und Teil 2, Großbuchstabe E (Modellvorhaben) der RL Gesundheit und Versorgung vom 16. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 54), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S230), in der jeweils geltenden Fassung.

Das Gemeinsame Landesgremium nach § 90a Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch im Freistaat Sachsen, ein Gremium aus Vertretern der Verbände der Kranken- und Ersatzkassen im Freistaat Sachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, der Krankenhausgesellschaft Sachsen, der Sächsischen Landesärztekammer, der Patientenvertreter und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, unterstützt die Erprobung von innovativen und zukunftsfesten Versorgungsansätzen, die geeignet sind, die medizinische Versorgung in Zukunft erreichbar, flächendeckend und qualitativ hochwertig zu gewährleisten. Dazu gehören auch innovative Versorgungsideen im Zusammenhang von Digitalisierung und sektorenübergreifenden Versorgungslösungen.

### **II. Zweck**

Durch regionale ambulante und sektorenübergreifende Modellvorhaben soll untersucht und erprobt werden, ob und für welche haus- und fachärztlichen Versorgungslösungen übergangsweise oder dauerhaft die medizinische Versorgung einer Region nachhaltig verbessern und den Versorgungsgrad stabilisieren beziehungsweise Unterversorgung abmildern können.

Im Rahmen des Modellvorhabens „Poliklinik Plus“ ist beabsichtigt, regionale Projekte zur zukunftsfesten Sicherstellung und Verbesserung einer erreichbaren medizinischen Versorgung zu fördern. Dabei können regionale Sicherstellungslösungen, zum Beispiel in Form von mobilen und/oder digitalen Versorgungslösungen entwickelt werden, um die Erreichbarkeit medizinischer Versorgungsangebote, insbesondere im ländlichen Raum auch durch arbeitsteilige Strukturen nachhaltig zu verbessern.

Das Modell soll eine flächendeckende Versorgung in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten, insbesondere ländlichen, Gebieten erproben.

Die Förderung erstreckt sich daher auf Planungsbereiche, für die vom Landesausschuss der Ärzte und Kranken-

kassen eine Unterversorgung, drohende Unterversorgung oder zusätzlicher Versorgungsbedarf (§ 100 Absatz 1 oder Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) festgestellt wurde. Maßgeblich sind die zum Zeitpunkt der Antragstellung veröffentlichten Daten auf der Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen.

### **III. Gegenstand der Förderung**

Gefördert werden im Rahmen des Zweckes Umbaumaßnahmen in ambulant-stationären Gesundheitszentren und Medizinischen Versorgungszentren, weiterhin die Beschaffung von medizinischen Geräten sowie die Ausstattung von mobilen Einheiten und telemedizinischen Anbindungen.

### **IV. Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind natürliche und juristische Personen, die entsprechende Vorhaben durchführen.

### **V. Zuwendungsvoraussetzungen**

Mit der Antragstellung ist ein Konzept mit folgenden Mindestinhalten vorzulegen:

1. detaillierte fachliche Konzeption des Modellvorhabens,
2. Darstellung der Ausgangssituation, der Bedarfslage sowie der Zielsetzung des Modells einschließlich des vorhabenspezifischen Ansatzes,
3. Zeitplan des Vorhabens,
4. Finanzierungsplan getrennt jeweils nach Ausgaben für Investitionen und für Öffentlichkeitsarbeit (mit Fremd- und Eigenmittelanteil),
5. Ziele, die erreicht werden sollen,
6. Inhalt und Umfang der geplanten Evaluierung als Jahresberichte,
7. Aussagen über die beabsichtigte Veröffentlichung der Ergebnisse sowie
8. eine Stellungnahme zur Überleitung nach Abschluss des Vorhabens und dessen Finanzierung.

### **VI. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen**

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt.

Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Zuwendungsfähig sind vorhabenbezogene Sachausgaben und Investitionen für Umbaumaßnahmen, zum Beispiel von Behandlungsräumen, für einen gemeinsamen Tresen oder die Infrastruktur für arbeitsteilige Prozesse, die Beschaffung medizinischer Geräte, die Ausstattung mobiler Einheiten und telemedizinischen Anbindungen sowie für die Öffentlichkeitsarbeit.

Die Sachausgaben, die aufgrund des Fünften Buches Sozialgesetzbuch finanziert werden, sind nicht zuwendungsfähig.

#### **VII. Verfahren**

Die Gewährung der Zuwendung erfolgt auf Antrag. Sie steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln in ausreichender Höhe.

Dresden, den 20. September 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dr. Claudia Eberhard  
Abteilungsleiterin

Es gilt das Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK).

Anträge zum Fördergegenstand E (Modellvorhaben) sollen bis zum 15. November 2023 für das Jahr 2023 und bis zum 30. Juni 2024 für das Jahr 2024 bei der Bewilligungsbehörde, der Landesdirektion Sachsen, eingereicht werden.

Der Bewilligungszeitraum endet spätestens am 31. Dezember 2024.

Das weitere zuwendungsrechtliche Antrags- und Bewilligungsverfahren ergibt sich aus Teil 1 und Teil 2, Buchstabe E (Modellvorhaben), der RL Gesundheit und Versorgung.



**Andere Behörden und Körperschaften**  
**Bekanntmachung**  
**des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge**  
**über die Genehmigung**  
**der 3. Änderungssatzung der Verbandssatzung**  
**des Trinkwasserzweckverbandes „Bastei“**  
**Vom 26. September 2023**

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Trinkwasserzweckverband „Bastei“ mit Bescheid vom 12. September 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die nachfolgende Genehmigung erteilt:

„Die in der Sitzung der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes „Bastei“ am 29. August 2023 beschlossene 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 1. September 2010 wird rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Die 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Pirna, den 26. September 2023

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
M. Geisler  
Landrat

**3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung**  
**des Trinkwasserzweckverbandes Bastei**

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1 und 26 Abs. 1, 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) hat die Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Bastei am 29.08.2023 folgende Änderung der Verbandssatzung vom 1. September 2010 (SächsABl. Nr. 42/2010 S. 1519), zuletzt geändert am 26.09.2018 (SächsABl. Nr. 49/2018 S. 1412) beschlossen.

**Artikel 1**

§ 3 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

(5) Die Mitgliedsgemeinden unterstützen den Verband bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Insbesondere gestatten

sie ihm die kostenlose Inanspruchnahme öffentlicher Wege und Flächen im Eigentum der Gemeinden zur Verlegung von Versorgungsleitungen sowie die Errichtung und den Betrieb von für die Wasserversorgung notwendigen Anlagen.

**Artikel 2**  
**Inkrafttreten**

Die vorstehende 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung tritt einen Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Lohmen, den 29. August 2023

Silke Großmann  
Verbandsvorsitzende

# **Bekanntmachung des Landratsamtes Meißen über die Genehmigung der Satzung zur 5. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen**

**Vom 14. September 2023**

Das Landratsamt Meißen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 14. September 2023 (Az: 62843/2023) die Satzung zur 5. Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen vom 26. Juni 2023 gemäß §§ 61 Absatz 1 Satz 1

und 26 Absatz 1 und 3 Sächsisches Gesetz über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, genehmigt.

Meißen, den 14. September 2023

Landratsamt Meißen  
Ralf Hänsel  
Landrat

## **5. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen**

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen in ihrer Sitzung am 26. Juni 2023 folgende Änderung der Verbandssatzung beschlossen:

### **Artikel 1 Änderungen**

§ 14 wird wie folgt neu gefasst:

#### **§ 14 Deckung des Finanzbedarfs**

(1) Soweit seine sonstigen Erträge und Einnahmen zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von seinen Verbandsmitgliedern Umlagen.

(2) Die Umlagen werden in Abhängigkeit vom Ergebnis- und Finanzhaushalt getrennt erhoben als

1. Aufwandsumlage zum Ausgleich des Ergebnishaushalts des Zweckverbandes und/oder
2. Finanzumlage zum Ausgleich des Finanzhaushalts des Zweckverbandes.

(3) Für jedes Verbandsmitglied bemisst sich die Höhe der Umlagen nach dem jeweiligen Anteil (Quote) an den Ge-

samterlösen der Abwasserentsorgungsgesellschaft Meißner Land mbH, ermittelt aus den gültigen Entgelten und den dazugehörigen IST-Abwassermengen des Vorvorjahres.

(4) Die Umlagen werden in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes für jedes Haushaltsjahr festgesetzt. Sie können nur durch eine Nachtragssatzung geändert werden.

(5) Die Umlagen werden per Bescheid für das jeweilige Haushaltsjahr erhoben. Die Erhebung der Umlagen kann in Teilbeträgen erfolgen. Die Fälligkeit der Teilbeträge wird mit der Haushaltssatzung festgelegt.

Für die Wirtschaftsführung in der haushaltsfreien Zeit gilt § 78 SächsGemO entsprechend. Ist die Haushaltssatzung zu Beginn des Haushaltsjahres noch nicht erlassen, darf der Zweckverband die Umlagen nach den Festsetzungen des Vorjahres erheben.

(6) Der Zweckverband kann auf rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von zwei von Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) verlangen.

(7) Der Zweckverband hat zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verbandssatzung die Aufgabenerfüllung der operativen Abwasserbeseitigung auf ein Unternehmen übertragen. Er hat diesem Unternehmen die Befugnis eingeräumt, an seiner statt im Rahmen dieser Aufgabenerfüllung von den Verbandsmitgliedern vertraglich vereinbarte Entgelte zu erheben.

Artikel 2  
**In-Kraft-Treten**

Die 5. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Gemeinschaftskläranlage Meißen

tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung und der 5. Änderungssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diera-Zehren, den 26. Juni 2023

Abwasserzweckverband Gemeinschaftskläranlage Meißen  
Siegfried Zenker  
Verbandsvorsitzender

---

## Impressum

### Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

### Verlag:

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

### Druck:

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

### Redaktionsschluss:

5. Oktober 2023

### Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, Deutsche Post 

**Bekanntmachung**  
**der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**  
**(SLM)**  
**Begründung**  
**bei Abweichen der Entscheidung des Medienrates**  
**der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**  
**von der Stellungnahme der Versammlung**  
**der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**  
**gemäß § 30 Absatz 15 Satz 3 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes**

**Vom 18. September 2023**

Der Medienrat der SLM ist auf seiner Sitzung am 27. Juni 2023 von einer Stellungnahme der Versammlung abgewichen und hat der Radio WSW GmbH mit Sitz in Weißwasser aus Mitteln des Freistaates Sachsen zur Sicherung und Stärkung lokaljournalistischer Angebote von nichtkommerziellen regionalen und lokalen Medienanbietern in Sachsen eine Zuwendung zur Umsetzung eines regional verbreiteten nichtkommerziellen Hörfunkprogramms unter der Bezeichnung „Radio WSW“ gewährt. Diese Entscheidung beruht darauf, dass der Rundfunkveranstalter mit Beginn der Förderung ein von der SLM lizenziertes nichtkommerzielles Hörfunkprogramm verbreiten wird. Die künftige Programmgestaltung lässt erwarten, dass das journalistisch aufbereitete Angebot an Informationen, Diskussionen und Kultur den erwarteten engen Bezug zum Geschehen im Verbreitungsgebiet aufweisen und zur Stärkung der dortigen Meinungsvielfalt und Kommunikation im ländlichen Raum beitragen wird.

Der Medienrat der SLM ist auf seiner Sitzung am 27. Juni 2023 von einer Stellungnahme der Versammlung abgewichen und hat entgegen der Stellungnahme der Versammlung die Anträge der LZ Medien GmbH mit dem Projekt „LZ TV“ und der Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG mit dem „Projekt Schkeuditz“ in die Förderung lokaljournalistischer Angebote in der Kategorie der innovativen Projekte aufgenommen. Diese Entscheidung beruht darauf, dass beide Anträge in den Auswahlkriterien „Anteil an lokalen Nachrichten und informierenden Inhalten“ (gesellschaftliche, kulturelle, soziale, wirtschaftliche oder sportliche Themen), „Art und Umfang der medienübergreifenden Ausrichtung“ und „Berücksichtigung veränderter Mediennutzungsgewohnheiten“ überzeugen konnten. Darüber hinaus ließ insbesondere das Angebot der Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG den Ausgleich von Versorgungsungleichgewichten im ländlichen Raum erwarten. Ein angemessener Eigenanteil wurde berücksichtigt.

Leipzig, den 18. September 2023

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Heinker  
Präsident des Medienrates